



Hagenower Kreisblatt

DIENSTAG, 10. DEZEMBER 2019

VORMITTAG



3°

NACHMITTAG



5°

MORGEN



5°

SEITE 7



Stresshormone in Schach halten

Mittlerweile hat in den Regalen der Supermärkte und Discounter all das die Luft-heit übernommen, was angeblich für ein garantiert gutes Gelingen des Weihnachtsfestes vonnöten ist. Die Stresshormone der Käuferschar sind direkt körperlich zu spüren. Für viele von uns hat der Leidensdruck längst eingesetzt, etliche laufen mit blank liegenden Nerven herum. Und das alles nur, um den großen harmonischen Erwartungen aller gerecht zu werden. Also ich stelle jedes Jahr diese „Fresstage“ in Frage. Versuche zu erkennen, was wichtig und unwichtig ist. Hilfe denen Schweres tragen, die es nötig haben. Lasse Altes los, um Neues zu begrüßen. Vertraue, dass alles gut wird. Verschwenke Zeit mit der Familie. Klappt zwar nicht immer, aber immer öfter.

IHR THORSTEN MEIER

Der Heiße Draht



Heute für Sie da:
Robert Lehmann

Fragen an die Redaktion? Dann rufen Sie mich heute zwischen 16 und 16.30 Uhr unter 03883/61088237 an.

Zitat des Tages

„Ich habe den Markt hier mit großgezogen, er ist mein Baby.“

Natalie Niehus vom Gewerbe- und Tourismusverein Zarrentin
Seite 10

Immer für Sie da

ZUSTELLUNG:
03883 - 61 08 83 33

REDAKTION:
03883 - 61 08 82 39

PRIVATE ANZEIGEN:
03883 - 61 08 84 44

LESERSERVICE:
03883 - 61 08 83 33

„So kann es nicht weitergehen!“

Gebührenerhöhungen abgelehnt: Wasser- und Bodenverband in der Krise / Verbandsversammlung wehrt sich gegen Kostenautomatik

Von Mayk Pohle

TODDIN Eigentlich ist beim Wasser- und Bodenverband alles geregelt, besonders die Gebühren. Doch beim Verband Boize-Sude-Schaale ist das seit wenigen Tagen ganz anders. In gleich drei Abstimmungen hatte die Verbandsversammlung kalkulierte Gebührenerhöhungen abgelehnt. Das gab es seit der Wende noch nie. Jetzt weiß niemand so richtig, wie es weitergehen soll. Das kann für viele Gemeinden und Bürger Konsequenzen haben. Denn der Verband sorgt in den 59 Mitgliedsgemeinden dafür, dass die Fließgewässer auch tatsächlich funktionieren.

Peter Guhl, Milchbauer und Gemeindevertreter aus Teldau, ist der Schuldige an dem Durcheinander und er ist stolz darauf. „Ich wollte, dass ein Signal gesendet wird, denn so kann es nicht weitergehen mit den Erhöhungen. Es geht überhaupt nicht darum, die gute Arbeit des Verbandes zu kritisieren. Ein Großteil der Kostenerhöhungen haben aber ihre Ursache in den erhöhten Aufwendungen für den Naturschutz. Es ist überhaupt nicht einzusehen, warum das immer die Gemeinden tragen sollen. Wer diese Forderungen stellt, muss auch bezahlen.“

Konkret geht es beispielsweise um die Mähetechniken an Gräben und Flüssen. Hier schreibt der Naturschutz in vielen Fällen das Mähen mit Messerbalken und anschließendes Ausharken vor. Das bieten nur wenige Firmen an,



Einweihung des neuen Sude-Wehres nahe Kuhstorf, auch diese Maßnahme hatte der Wasser- und Bodenverband in der Regie, die Finanzierung lief auch über Gebühren. Jetzt hat der Verband Sorgen, ob seine Finanzierung weiter ausreichend ist. FOTO: ROBERT LEHMANN



„Wir haben schon 2015 die damaligen Erhöhungen geschluckt. Das kann so nicht weitergehen mit diesen Automatismen und Zwängen.“

Peter Guhl
Vorstandsmitglied im Verband

und es kostet auch mehr als das bisherige Mulchen.

Andreas Schwebs, der Geschäftsführer des Verbandes mit Sitz in Toddin, ist immer noch ein wenig fassungslos. „Wir haben die Beitragserhöhungen ja nicht aus Spaß vorgeschlagen. Die Buchführung hat festgestellt, dass wir mit den Gebühren von 2015 nicht auskömmlich arbeiten. Wir

haben aber gesetzliche Pflichtaufgaben bei der Krautung und Instandhaltung der Gewässer zu gewährleisten. Das können wir derzeit nicht mehr.“ Der Verband solle doch erst einmal seine Rücklagen von mehreren Hunderttausend Euro aufbrauchen, bevor an höhere Gebühren gedacht werden könne, hatte es auf der Versammlung geheißen. Doch auch die Höhe der Rücklagen ist gesetzlich vorgeschrieben. Zum einen werden diese Gelder für Überbrückungsfinanzierungen benötigt, zum anderen werden daraus Eigenanteile der jeweiligen Gemeinden bei Renaturierungsmaßnahmen finanziert.

Doch es ging um noch mehr als um nur die Krautung. Ein Thema für sich sind die 322 Ki-

lometer unterirdischer Rohrleitungen im Verbandsgebiet, die fast alle dringend saniert werden müssen. „Stimmt“, sagte Peter Guhl, „aber das sollte Sache der Gemeinden sein und nicht des Verbandes. Zumal es von Gemeinde zu Gemeinde sehr unterschiedlich aussieht.“

Bisher hat der Verband für die Sanierungen der Rohrleitungen einen Euro pro Hektar zur Verfügung, das sind 140 000 Euro. Per Beschluss sollte das um zwei Euro erhöht werden, weil der Bedarf so dringend ist. Das wurde abgelehnt. Genauso wie das Extragegeld, das für die Reparatur der Wehre und Stau zur Verfügung steht. Immerhin gibt es im Gebiet 6000 Stück davon. Hier ging es um 50 Cent pro

Hektar – statt bisher 25 Cent. Auch das wurde mit knapper Stimmenmehrheit abgelehnt.

Durch die Beschlüsse sind auch Tausende Bürger als Flächeneigentümer zunächst um neue Gebührenbescheide herumgekommen. Denn die Gemeinden reichen die Gebühren einfach weiter.

Nun sind alle gespannt, welche Schritte folgen. Andreas Schwebs rechnet fest mit einem Eingreifen der Kommunalaufsicht. „Wir werden wohl im Frühjahr die nächste Verbandsversammlung haben.“ Peter Guhl, der auch in den Vorstand des Verbandes gewählt wurde, setzt auf die erste Vorstandssitzung nach der jüngsten Wahl. Die müsse ja bald einberufen werden. Dann sehe man weiter.

Schuldenthema wird zum Streitfall

CDU-Stadtvertreter Michael Luchs vermutet sogar 15 Millionen Euro/ Bürgermeisterin widerspricht deutlich

WITTENBURG Wieviel Schulden hat die Stadt wirklich und woher kommen diese Summen? Diese Fragen werden immer mehr zum Streitfall. Der CDU-Stadtvertreter Michael Luchs hat jetzt unter der Überschrift „Schönreden macht das Ergebnis nicht besser“, eine Korrektur ge-

fordert. „Die Schuldenlast der Stadt Wittenburg liegt nicht nur bei 9,7 Millionen Euro. Vergessen wurde hier einfach mal der Kassenkredit (Kontokorrentkredit). Dieser kann sich nach der jüngsten Beschlussfassung der Stadtvertretung auf bis zu fünf Millionen Euro belau-

fen. Somit beträgt die Schuldenlast der Stadt Wittenburg fast 15 Millionen Euro.“ Schuld daran sei einzig und alleine die Selbstüberschätzung der Stadt in den vergangenen Jahren, was die Gewerbesteuererinnahmen betreffe. Hier wurde ins Blaue geplant und in der Folge Geld ausgegeben, was gar nicht vorhanden sei, so Luchs.

Bürgermeisterin Margret Seemann widersprach dem früheren CDU-Fraktionsvorsitzenden sehr deutlich. „Ganz klar, wir haben derzeit zirka zehn Millionen Schulden als Stadt und nicht mehr. Dass man einen Kreditrahmen hat, heißt ja nicht, dass man ihn auch nutzen muss. Wir haben die Schuldenlast schon deutlich gedrückt. Als

ich anfang, lag die Summe bei knapp 14 Millionen Euro. Mit den 1,2 Millionen, die wir für das im Bau befindliche Feuerwehrgerätehaus aufnehmen, sind wir jetzt bei der aktuellen Summe.“ Der von Michael Luchs angesprochene Kredit sei für Überbrückungsfinanzierungen gedacht. Seemann wies darauf hin, dass die CDU-Fraktion in Sachen Kassenkredit mitgestimmt habe, Michael Luchs hätte sich enthalten. Die Haushalte in den vergangenen Jahren seien in Wittenburg immer einstimmig beschlossen worden. Der Haushaltsplan der Stadt sei nicht Sache der Bürgermeisterin, sondern immer der Stadtvertretung. Das werde auch so bleiben. mayk

Geld für neues Feuerwehrauto zusammen

LEHSEN Die freiwillige Feuerwehr im Wittenburger Ortsteil Lehsen kann sich freuen. Innenminister Lorenz Caffier überbrachte einen Bewilligungsbescheid über 108 300 Euro für den Kauf eines Löschfahrzeuges (LF10). Auch der Landkreis und die Stadt bringen jeweils eine ähnliche Summe auf. Durch den Kauf eines neuen Löschfahrzeuges wird ein altes, welches erhebliche technische Mängel aufweist, ersetzt. Caffier dankte den Kameraden der Feuerwehr Lehsen für ihre ständige Einsatzbereitschaft. Die Lehseiner Wehr wird künftig in die Alarm- und Ausrückordnung der A 24 eingetaktet, so dass die Feuerwehr dann überörtliche Aufgaben wahrnimmt.



Wittenburg und seine Schuldenlast waren beim SPD-Bürgerforum mit dem Finanzminister ein wichtiges Thema. FOTO: MAYK POHLE